



Innenausschuss

24. Sitzung (öffentlich)

14. Juli 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:00 Uhr bis 17:40 Uhr

Vorsitz: Monika Düker (GRÜNE)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung	5
a) Nichtbehandlung von TOP 10 (s. Anlage)	5

Gegen den Wunsch der Fraktion DIE LINKE, den als Nummer 10 auf der Tagesordnung vorgesehenen Punkt

Sachstand zur Einrichtung von Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt (s. *Anlage*)

– Bericht der Landesregierung –

heute nicht zu behandeln, erhebt sich aus dem Ausschuss kein Widerspruch.

b) Nichtbehandlung von TOP 4 **5**

Gegen den Wunsch der Fraktion der FDP, den als Nummer 4 auf der Tagesordnung vorgesehenen Punkt

Sicherheit in Bussen, Bahnen und an Haltestellen in Nordrhein-Westfalen verbessern

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1200
(s. a. APr 15/202)

heute nicht zu behandeln, erhebt sich aus dem Ausschuss kein Widerspruch.

c) Nichtbehandlung von TOP 5 **5**

Gegen den Wunsch der Fraktion DIE LINKE, den als Nummer 5 auf der Tagesordnung vorgesehenen Punkt

Roma und Sinti als Opfergruppe anerkennen –
Kontingent- regelung schaffen

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1490

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1643

heute wegen des noch ausstehenden Votums des mitberatenden Ausschusses nicht zu behandeln, erhebt sich aus dem Ausschuss kein Widerspruch. Der Punkt soll wieder aufgerufen werden, wenn der mitberatende Ausschuss votiert hat.

1 Stand der Arbeit der Projektgruppe des MIK zur Sicherheit von großen Veranstaltungen im Freien (TOP beantragt vom Ministerium für Inneres und Kommunales; s. Anlage) **7**

Vorlage 15/740

- Bericht des Ministers
- Diskussion

- 2 Gesetz über die Stiftung von Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Ehrenzeichen (Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Ehrenzeichengesetz – FwKatsEG-NRW) 27**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2150

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

- 3 Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten im Ausländerwesen 28**

Vorlage 15/733

Die Vorsitzende stellt Kenntnisnahme durch den Ausschuss fest.

- 4 Abschiebungen nach Syrien stoppen – Rückübernahmeabkommen aussetzen 29**

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1907 – Neudruck –

– Diskussion

Die Beratung und Abstimmung über den Antrag wird auf die September-Sitzung des Ausschusses vertagt.

- 5 Erste landesweite Unterrichtung des Landeskriminalamts „LKA-Lagebild Gewalt gegen Polizeibeamte“ (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; s. Anlage) 31**

Vorlage 15/752

– Bericht des Ministers

– Diskussion

- 6 Arbeitszeit entsprechend dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs und deren Umsetzung in einigen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen (Feuerwehren)** (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; s. Anlage) **41**

Vorlage 15/744

Gegen den Vorschlag der Vorsitzenden, der Landesgruppe der Deutschen Feuerwehr-Gewerkschaft als neuen Termin für das vertagte Gespräch mit den Obleuten der Fraktionen Freitag, den 22. Juli, 15:30 Uhr bis 16:30 Uhr, anzubieten, erhebt sich aus dem Ausschuss kein Widerspruch.

- 7 Abschlussbericht „Arbeitsgruppe Verwendungseinschränkung“ – Offener Brief der Arbeitsgemeinschaft Hauptschwerbehindertenvertretung Polizei beim Ministerium für Inneres und Kommunales** (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; s. Anlage) **42**

Vorlage 15/753

– Diskussion

- 8 Einsatzfähigkeit von Dienstpistolen** (TOP beantragt von der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; s. Anlage) **43**

– Stellungnahme des Ministers

- 9 Erwartete Erfolge einer Vorratsdatenspeicherung, einer Mindestsperrfrist oder eines Quick-Freeze-Verfahrens** (TOP beantragt von der Fraktion der SPD; s. Anlage) **44**

– Stellungnahme des Ministers

2 Gesetz über die Stiftung von Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Ehrenzeichen (Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Ehrenzeichengesetz – FwKatsEG-NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2150

(vom Plenum am 29. Juni 2011 zur alleinigen Beratung an den Innenausschuss überwiesen)

Vorsitzende Monika Düker teilt mit, mit dem Gesetzentwurf sollten die beiden – bereits zum 30. September 2011 außer Kraft tretenden – bisherigen Gesetze über Feuerwehr-Ehrenzeichen und Katastrophenschutz-Ehrenzeichen zu einem Gesetz zusammengeführt werden. Nach Darstellung der Landesregierung sei die Zusammenführung rein redaktioneller Art und enthalte keine Änderungen der materiellen Rechtslage.

Peter Biesenbach (CDU) merkt an, über dieses Gesetz bestehe deshalb keinerlei Streit, weil die damit anzuerkennenden Leistungen von Feuerwehr und Katastrophenschutz von den Bürgerinnen und Bürgern allenthalben erlebt würden. Denjenigen, die sich heute in den Dienst von Feuerwehr und Katastrophenschutz stellten, könne man gar nicht genug danken.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

